

# Inhalt

Abkürzungsverzeichnis .....	7
Weiterführende Literaturempfehlungen .....	9
<b>I. Ein paar Worte vorab ...</b> .....	11
1. Warum ist die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst etwas Besonderes? .....	11
2. Personalvertretungsrecht ist Verfahrensrecht .....	14
3. Anliegen wirkungsvoller Personalratsarbeit .....	15
3.1 Interessenvertretung für die Beschäftigten .....	15
3.2 Interessenvertretung besonders für die Schwächeren .....	16
3.3 Auch: Wahrung der Belange der Dienststelle insgesamt .....	16
4. Keine Rechte ohne Aufgaben: Die Aufgaben des Personalrats als Grundlage seiner Rechte .....	17
4.1 Aufgaben des Personalrats .....	17
4.2 Aktive Gestaltung der Personalratsarbeit .....	18
5. Keine Aufgaben ohne Rechte: Die Rahmenbedingungen .....	18
6. Der Konfliktfall: Die Durchsetzung von Personalratsrechten .....	21
<b>II. Aufgaben des Personalrats</b> .....	22
1. Beteiligungsrechte wahrnehmen .....	22
1.1 Mitbestimmungsrechte .....	24
1.2 Mitwirkungsrechte .....	26
1.3 Anhörungsrechte .....	28
1.4 Beratungs- und Konsultationsrechte .....	29
1.5 Besondere Kontroll- und Überwachungsrechte .....	29
2. Initiativrechte – die »umgekehrte« Mitbestimmung .....	29
2.1 Übersicht .....	29
2.2 Übersicht: Befugnisse der Einigungsstelle im Initiativverfahren nach BPersVG .....	32
2.3 Dagegen (exemplarisch): Befugnisse der Einigungsstelle nach LPVG NRW .....	33
2.4 Initiativrechte in personellen Einzelangelegenheiten? .....	34
2.5 Weiteres aus der Rechtsprechung .....	36
3. Dienstvereinbarungen .....	38
3.1 Statthaftigkeit von Dienstvereinbarungen .....	38
3.2 »Erzwingbar« im Einigungsstellenverfahren? .....	41
3.3 Beendigung einer Dienstvereinbarung; Nachwirkung .....	42
3.4 Praktische Hinweise .....	45

3.5	Regelmäßig wiederkehrende Struktur einer Dienstvereinbarung	46
3.6	Aus der Rechtsprechung	47
4.	Allgemeine Aufgaben des Personalrats	49
4.1	Anregungen und Beschwerden entgegennehmen und erledigen	49
4.2	Maßnahmen für Dienststelle und Beschäftigte anregen	50
4.3	Wachen über die Wahrung von Arbeitnehmerrechten	51
4.4	Wahren und Fördern der Belange der Schwächeren	54
<b>III.</b>	<b>Rechte des Personalrats</b>	<b>56</b>
1.	Arbeitsbefreiung und Freistellung	56
1.1	Versäumnis von Arbeitszeit	56
1.2	Aus der Rechtsprechung	58
1.3	Freizeitausgleich	60
1.4	Freistellung/Freistellungsstaffel	61
2.	Schulungen	67
2.1	Erforderliche Schulungen (§ 46 Abs. 6 BPersVG)	67
2.1.1	Grundlegendes	67
2.1.2	Grundschulungen	69
2.1.3	Spezialschulungen	72
2.1.4	Kosten	77
2.1.5	Streitigkeiten	82
2.2	Sonderfall: Lediglich »geeignete« Schulungen, § 46 Abs. 7 BPersVG	83
3.	Zusätzliche (externe) Beratung des Personalrats	84
4.	Ausstattung	87
4.1	Büro	89
4.2	Geschäftsbedarf	91
4.3	Fachliteratur (Kommentare, Gesetzestexte), Fachzeitschrift	93
5.	Unabhängigkeit und Benachteiligungsverbot	96
5.1	Besonderer Kündigungsschutz	97
5.2	Abordnungs- und Versetzungsschutz	98
5.3	Benachteiligungsverbot	100
5.4	Verschwiegenheitspflicht	103
6.	Informationsrechte des Personalrats	104
6.1	Informationspflichten des Dienststellenleiters; § 68 Abs. 2 BPersVG	104
6.2	Nachfragen des Personalrats beim Dienststellenleiter	110
6.3	Selbstinformationsrechte des Personalrats?	111
6.4	Folgen nicht ausreichender Information	115
<b>IV.</b>	<b>Die Sicherung der Rechte des Personalrats</b>	<b>119</b>

---

<b>V. Das Einigungsstellenverfahren</b>	<b>126</b>
1. Allgemeine Übersicht	126
2. Einzelheiten zum Einigungsstellenverfahren – Bund	130
3. Reichweite der Entscheidung der Einigungsstelle – neue Rechtsprechung	131
4. Befugnisse der Einigungsstelle nach BPersVG (Übersichten)	136
 <b>VI. Das personalvertretungsrechtliche Beschlussverfahren</b>	 <b>138</b>
1. Grundsätze des Beschlussverfahrens	138
2. Für welche Streitfälle gilt das Beschlussverfahren?	139
2.1 Streitigkeiten über »Zuständigkeit, Geschäftsführung und Rechtsstellung der Personalräte«	140
2.2 Streitigkeiten über Bestehen oder Nichtbestehen von Dienstvereinbarungen	141
2.3 Sonstige Streitigkeiten	142
3. Wer kann ein Beschlussverfahren einleiten und wer ist daran beteiligt?	142
4. Was muss der Personalrat tun, um ein Beschlussverfahren einzuleiten?	143
5. »Verwirkung« des Rechts, ein Beschlussverfahren einzuleiten?	148
6. Der Ablauf eines Beschlussverfahrens	148
6.1 Erste Instanz	149
6.2 Zweite Instanz	152
6.3 Dritte Instanz	153
7. Einstweilige Verfügung	155
7.1 Einstweilige Verfügungen in Mitbestimmungssachen	156
7.2 Sonstige einstweilige Verfügungen	159
 <b>Stichwortverzeichnis</b>	 <b>161</b>